

**HESSISCHER LANDTAG**

05.12.2016

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/4093 zu Drucksache 19/3674**

Inhalt des Antrags: **Erweiterung des Empfängerkreises für die Förderung
von Maßnahmen der psychosozialen und
psychiatrischen Beratung und Betreuung**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 4
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Leistungen an Flüchtlinge

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	751.826,5	0,0	751.826,5
Produktabteilung	751.826,5	0,0	751.826,5

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Änderung Förderproduktblatt Nr. 3.1 Buchstabe F.:
Der Satz: "Förderung von Maßnahmen der psychiatrischen Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in den HEAE sowie von traumatisierten unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen (umA)" wird wie folgt geändert:

"Förderung von Maßnahmen der psychosozialen und psychiatrischen Beratung und Betreuung von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den Kommunen sowie von in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Kommunen im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung Tätigen. Das Angebot richtet sich prioritär an Flüchtlinge mit Bleibeperspektive und schwerere Fälle. Darüber hinaus werden Maßnahmen der psychosozialen und psychiatrischen Beratung und Betreuung von traumatisierten unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen (umA) gefördert."

Änderung Förderproduktblatt Nr. 5. Buchstabe F.:
Der Empfängerkreis wird erweitert um öffentliche, freie, und private Träger.

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Zur Umsetzung des Hessischen Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurden mit Änderungsantrag zum Haushalt 2016 Mittel in Höhe von 2,05 Mio. Euro für die psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung gestellt.

Mittlerweile hat sich gezeigt, dass es erforderlich ist, die Leistung auch auf in den Erstaufnahmeeinrichtungen Tätige sowie auf Flüchtlinge, die in den Kommunen untergebracht sind, bzw. auf dort Tätige auszuweiten. Hierzu sollen Beratungszentren eingerichtet werden, die die psychosoziale Betreuung organisieren und durchführen. Das Angebot richtet sich prioritär an Flüchtlinge mit Bleibeperspektive und schwerere Fälle.

Die hierfür notwendigen Haushaltsmittel stehen innerhalb des Produktes zur Verfügung.

Wiesbaden, 05.12.2016

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)